# Medieninformation

Sächsische Staatskanzlei

**Ihr Ansprechpartner**
Ralph Schreiber

**Durchwahl**
Telefon +49 351 564 10300
Telefax +49 351 564 10309

presse@sk.sachsen.de*

06.09.2022

## Ergebnisse der Meinungsumfrage Sachsen-Monitor 2021/2022 vorgestellt

Dresden (6. September 2022) – In Dresden sind die Ergebnisse des vierten »Sachsen-Monitors« vorgestellt worden. Er enthält die Ergebnisse einer repräsentativen, von der Sächsischen Staatskanzlei in Auftrag gegebenen Befragung über die Einstellungen und Meinungen der sächsischen Bevölkerung.

Dabei wurden unter anderem der Blick auf die Zufriedenheit mit den wirtschaftlichen und persönlichen Lebensumständen, die Zukunftserwartungen, die Haltung zur Demokratie sowie extremistische Einstellungen und Ressentiments erfasst. Erstmals wurden auch die Einstellungen zum Klimaschutz und dem gesellschaftlich-sozialen Zusammenhalt abgefragt. Ein Beirat mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft hat die Studie begleitet.

**Staatskanzleichef Oliver Schenk**: »Der aktuelle Sachsen-Monitor zeigt, dass die Menschen in Sachsen auf ihre eigene Kraft vertrauen und trotz aller Schwierigkeiten mehrheitlich optimistisch in die Zukunft blicken. Dabei werden die Aufstiegschancen der eigenen Kinder sogar noch etwas besser eingeschätzt als bei der letzten Umfrage. Das Interesse an Politik hat seit 2018 noch weiter zugenommen.« Schenk verwies auch darauf, dass eine starke Wirtschaft und Innovationen als Chance für den Freistaat gesehen werden, Sorge bereite dagegen die gesellschaftliche Polarisierung vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie. Der Klimaschutz werde als ein wichtiges »Thema für uns alle« gesehen. Schenk sagte weiter, es gebe einen deutlichen Rückgang unter anderem bei fremdenfeindlichen Einstellungen. »Das ist eine gute Entwicklung. Aber das darf nicht dazu führen, dass wir uns zurücklehnen. Es ist weiter sehr wichtig, all jene zu stärken, die sich für unsere Werte, für Demokratie, Toleranz und Freiheit einsetzen.«

**Prof. Constanze Geiert, Vorsitzende des Beirats Sachsen-Monitor**: »Der Sachsen-Monitor in einer Zeit, in der seit fast zwei Jahren eine Pandemie

**Hausanschrift:**
**Sächsische Staatskanzlei**
Archivstr. 1
01097 Dresden

www.sk.sachsen.de

Verkehrsverbindung:
Zu erreichen mit den Straßenbahnlinien 3, 6, 7, 8, 9, 13

Für Besucher mit Behinderungen befinden sich gekennzeichnete Parkplätze am Königsufer.
Für alle Besucherparkplätze gilt: Bitte beim Pfortendienst melden.

* Kein Zugang für verschlüsselte elektronische Dokumente. Zugang für qualifiziert elektronisch signierte Dokumente nur unter den auf www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html vermerkten Voraussetzungen.

Deutschland und die Welt im Griff hatte, wurde mit besonderem Interesse erwartet, und entgegen aller Erwartungen zeigt sich die sächsische Bevölkerung und deren Einstellung zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft als robust. Es herrscht ein grundsätzliches Vertrauen in bestehende Institutionen und die Wissenschaft. Zudem wird die zukünftige Entwicklung der eigenen Kinder als positiv bewertet. Besonders erfreulich ist, dass in der Mitte der Bevölkerung menschenfeindliche Einstellungen deutlich abgenommen haben. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie noch immer sehr hoch sind. Als größte Chance für Sachsen wird die Ansiedlung neuer Industrien und die Förderung von Wirtschaft angesehen. Verknüpft mit der Veränderung in Bezug auf menschenfeindliche Einstellungen sollte hier die Politik gemeinsam mit den Sachsen daran arbeiten und Sachsen als weltoffenen Standort ausbauen und über die Ländergrenzen hinaus präsentieren. Der vom Beirat ausgewählte aktuelle Zusatzteil Klimaschutz ist den Sachsen als Thema wichtig, über den richtigen Weg dahin sind sie aber geteilter Meinung. Der Freistaat sollte in diesem Zusammenhang insbesondere darauf achten, alle Bevölkerungsgruppen einzubeziehen und zu unterstützen.«

Die Befragungen zum Sachsen-Monitor hat wie bereits in den Jahren 2016 bis 2018 das Meinungsforschungsinstitut dimap durchgeführt. Anhand der wiederkehrenden Befragung können die Ergebnisse der Sachsen-Monitore miteinander verglichen und sich verändernde Einstellungen und Meinungen der sächsischen Bevölkerung beobachtet werden. Ebenso werden aktuelle Trends und Themen berücksichtigt.

**Reinhard Schlinkert, Geschäftsführer der dimap GmbH**: »Der Sachsen-Monitor ist eine detaillierte wie umfassende Analyse des Meinungsbildes der sächsischen Bevölkerung. Die Ergebnisse des Sachsen-Monitors zeigen, dass die Menschen in Sachsen positiv in die Zukunft blicken. Auch die aktuelle Lage in Deutschland verändert diesen generellen Zukunftsoptimismus nicht. Sachsens Entwicklung seit der friedlichen Revolution von 1989 wird ganz überwiegend positiv beurteilt, allerdings findet eine Mehrheit, dass es in Deutschland eher ungerecht zugeht. Mehrheitlich wird den sächsischen Institutionen wie beispielsweise der Staatsregierung Vertrauen entgegengebracht, im Gegensatz dazu gibt es viel Misstrauen zu Bundesinstitutionen wie der Bundesregierung."

Für den Sachsen-Monitor 2021/2022 wurden insgesamt 2.013 Bürgerinnen und Bürger ab 18 Jahren im Zeitraum vom 3. November 2021 bis 14. März 2022 interviewt. Die Befunde des Sachsen-Monitors reflektieren damit das Meinungsbild Ende 2021/Anfang 2022. Das heißt, sie sind an mehreren Stellen erkennbar geprägt von den Erfahrungen während der Corona Pandemie, aber noch weitestgehend unberührt vom Ukraine-Krieg.

## Ergebnisse im Überblick

Nach wie vor blicken rund drei Viertel der Befragten optimistisch in die persönliche Zukunft, und mehr als vier Fünftel sehen ihre eigene wirtschaftliche Situation positiv; dagegen sind der Optimismus im Blick auf die Zukunft Sachsens etwas und die Bewertung der wirtschaftlichen Situation des Landes stark rückläufig. Die eigene Wohnsituation wird von fast allen Befragten als zufriedenstellend bezeichnet, die Mehrheit ist sogar

»sehr zufrieden« mit ihrer Wohnsituation. Unzufrieden sind viele Befragte mit der Höhe der Lebenshaltungskosten. Skeptisch wird die Aussicht auf stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt bewertet.

Die Entwicklung in Sachsen seit der Friedlichen Revolution von 1989 wird ganz überwiegend positiv beurteilt, aber es gibt auch einen starken Wunsch, in Deutschland möge mehr über die ostdeutschen Erfahrungen nach der Wiedervereinigung gesprochen werden. Stark ausgeprägt ist auch das Gefühl, die Leistung der Ostdeutschen für den Aufbau der neuen Bundesländer werde nicht angemessen gewürdigt. Bemerkenswert ist der Befund, dass in den vergangenen vier Jahren die Minderheit derjenigen, die sich den Menschen in Osteuropa näher fühlen als den Menschen in Westdeutschland, von 17 auf 29 Prozent angestiegen ist.

Eine Mehrheit der Sachsen findet nach wie vor, dass es in Deutschland eher ungerecht zugeht – obwohl die Befragten zugleich mehrheitlich finden, im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben, erhielten sie persönlich ihren gerechten Anteil. Bei der globalen Frage, ob es in Deutschland eher ungerecht zugehe, zeigen sich enorme Unterschiede zwischen Leipzig, Dresden und Chemnitz: In Leipzig sieht nur eine starke Minderheit das so, in Chemnitz eine Zweidrittelmehrheit.

Bei der Selbsteinordnung in eine soziale Schicht hat die Zahl derjenigen, die sich der mittleren Mittelschicht zugehörig fühlen, deutlich zugenommen, die Zahl derjenigen, die sich als Teil der Unterschicht oder der unteren Mittelschicht betrachten, dagegen abgenommen. Auch hier zeigen sich Unterschiede zwischen Dresden, Leipzig und Chemnitz: die Dresdner stufen ihre eigene Schichtzugehörigkeit etwas höher ein als die Leipziger und deutlich höher als die Chemnitzer.

Bei der Frage nach den sozialen Aufstiegschancen in Deutschland ist die Meinung geteilt und insgesamt etwas skeptischer als 2018. Bei den persönlichen Chancen ist diese Skepsis geringer. Und die Chancen der eigenen Kinder auf sozialen Aufstieg stuft die große Mehrheit (80 Prozent) positiv ein und noch optimistischer als vor vier Jahren (70 Prozent) oder gar 2017 (64 Prozent).

Als wichtigstes aktuelles Problem werden die Bekämpfung der Corona Pandemie und die Spaltung der Gesellschaft in Impfbefürworter und -gegner genannt. Im Vergleich zu 2018 haben die Sorgen wegen steigender Arbeitslosigkeit und Mängeln des Bildungssystems stark abgenommen. Als größte Chance für Sachsen werden Industrieansiedlung und Wirtschaftsförderung genannt, konkret in den Bereichen innovative Technik und Ausbau der erneuerbaren Energien.

Die größte Sorge gilt der Zunahme des Gegensatzes zwischen Arm und Reich und dem Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Kaum Sorgen machen sich die meisten Befragten hingegen um den Verlust dessen, was sie sich seit der Wiedervereinigung erarbeitet haben, und um ihren eigenen Arbeitsplatz.

Das Interesse an Politik – sowohl im Allgemeinen als auch an der Politik in Sachsen – hat seit 2018 deutlich zugenommen, ebenso die Bereitschaft, den eigenen politischen Willen durch Teilnahme an einer Wahl oder einer

Volksabstimmung zu bekunden. Leicht zugenommen hat die Bereitschaft, in einer Bürgerinitiative oder einem politisch wirkenden Verband oder Verein mitzuarbeiten. Der Wunsch nach stärkerer Bürgerbeteiligung hat mit Bezug auf die kommunale Ebene abgenommen, ist dort aber dennoch stärker ausgeprägt als mit Blick auf die Landes-, Bundes- und EU-Ebene, wo er indes zugenommen hat.

Eine größere Wertschätzung repräsentativ-rechtsstaatlicher Formen der Demokratie scheint darin zum Ausdruck zu kommen, dass der Satz »Nur direkte Demokratie ist wahre Demokratie« etwas und der Satz »Wenn das Volk mehrheitlich in einer Volksbefragung etwas fordert, dann sollte das von der Politik auch umgesetzt werden – egal was Gerichte, Parlamente oder das Grundgesetz dazu meinen« sehr stark an Zustimmung verliert.

Die große Mehrheit der Sachsen hält die Demokratie für eine gute Regierungsform. Fragt man konkret, wie die Demokratie in der deutschen und sächsischen Praxis funktioniert, sind die Werte jedoch deutlich niedriger.

Sehr hohe Zufriedenheit bei der Umsetzung von Demokratie herrscht in Bezug auf die Freiheit und Fairness der hiesigen Wahlen, besonders kritisch sieht die Mehrheit dagegen die Umsetzung beim Abbau sozialer Ungleichheit. Unter den staatlichen Institutionen in Deutschland genießen Polizei, Bundesverfassungsgericht und der kommunale Bereich das höchste Vertrauen, gefolgt von den Landes- und Bundesinstitutionen.

Während die Affinität für eine bestimmte Partei zugenommen hat, ist das Vertrauen in die »Partei, der ich nahestehe«, stark gesunken. Parteien allgemein genießen am wenigsten Vertrauen, aber doch deutlich mehr als 2018. In hohem Ansehen steht dagegen die Wissenschaft.

Im Vergleich zu 2018 sind autoritäre Einstellungen zurückgegangen, dennoch meinen mehr Befragte als früher, »in diesen Zeiten« werde eine »starke Hand« unbedingt gebraucht. Gleichzeitig verliert der Gedanke an Zustimmung, Deutschland brauche jetzt eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.

Die Instrumente zum Schutz der demokratischen Ordnung werden im Großen und Ganzen so eingeschätzt wie 2018. Weniger Zuspruch findet inzwischen vor allem die Teilnahme an Demonstrationen gegen extremistische Gruppen. Politische Bildungsarbeit an den Schulen erfreut sich weiterhin sehr hoher Wertschätzung ebenso wie das bürgerliche Engagement in demokratischen Parteien, zivilgesellschaftlichen Institutionen und Bürgerinitiativen.

Bei den Indikatoren für Ressentiments und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist insgesamt ein Rückgang gegenüber 2018 zu beobachten. Besonders auffällig ist dieser Rückgang bei der Fremdenfeindlichkeit, den Ressentiments gegenüber Muslimen und Sinti und Roma sowie im Hinblick auf Homophobie. Beim Antisemitismus ist weder eine Veränderung zum Besseren noch eine Veränderung zum Schlechteren feststellbar.

Als glaubwürdig gelten traditionelle Medien wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die Tageszeitungen, als wenig verlässlich die Sozialen Medien. Allerdings beziehen junge Befragte ihre Informationen über das politische Geschehen deutlich weniger aus traditionellen Quellen und häufiger aus dem Internet.

Bei der Frage, wessen Interessen in der öffentlichen Diskussion um Klimaschutz berücksichtigt werden, findet eine große Mehrheit, dass arme Menschen und einfache Arbeitnehmer zu kurz kommen, während Großunternehmer und wohlhabende Menschen zu stark Gehör finden. Der kommunalen Ebene und den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern werden größere Klimaschutzanstrengungen attestiert als der Bundesregierung, der EU-Kommission oder der Wirtschaft.

Die allermeisten Befragten teilen die Überzeugung, dass der Klimawandel von Menschen gemacht ist. Sie betrachten den Klimaschutz als ein »Thema für uns alle«. Geteilter Meinung sind sie bei der Frage, ob man beim Klimaschutz eher auf Veränderung der eigenen Gewohnheiten (49 Prozent) oder möglichst auf neue Technologien und Lösungen (47 Prozent) setzen sollte.

Alle Ergebnisse des Sachsen-Monitors sind abrufbar unter https://lsnq.de/sachsenmonitor.